

Kampf um die Kinder: Strafen für integrationsunwillige Eltern in Wels!

Der FP-Landesparteibeamtete in OÖ fordert Strafen für Eltern, die die Integrationsförderung von Kindern verweigern.



Wels, Österreich - In einem bemerkenswerten Vorstoß fordert der oberösterreichische FP-Landesparteibeamtete-Stellvertreter und Bürgermeister von Wels, Dr. Andreas Rabl, drastische Maßnahmen gegen Eltern, die sich weigern, ihre Kinder ausreichend in die Gesellschaft zu integrieren. Diese Forderung folgt auf die Ankündigung der ‚Zuckerlkoalition‘, für integrationsunwillige Schülereltern Geldstrafen von bis zu 2.500 Euro einzuführen. Rabl schlägt vor, dass auch Eltern von Kindergartenkindern, die ihre Kinder nicht unterstützen oder aktiv gegen die Integration wirken, mit Strafen rechnen müssen. Besonders in Wels zeigt sich, dass rund 72% der Kindergartenkinder einen Bedarf an Sprachförderung haben, was auf eine unzureichende Unterstützung der Eltern

zurückgeführt wird, wie **ots.at** berichtet.

Die Herausforderung der Sprachförderung

Rabl weist auf die gravierenden Auswirkungen fehlender Sprachkenntnisse hin, die dazu führen, dass viele Kinder dem Unterricht nicht folgen können. In Wels hätten zahlreiche Schüler wegen mangelnder Deutschkenntnisse nur einen Pflichtschulabschluss. Ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, wird als notwendig erachtet, um die Integration zu fördern. Die Situation sei alarmierend und erfordere schnelle und entschlossene Maßnahmen, um die Bildungschancen dieser Kinder zu verbessern. Die Forderungen und Bedenken Rabl's verdeutlichen, dass die Unterstützung der Eltern zur Förderung der jeweiligen Sprachkenntnisse entscheidend ist.

Zusätzlich wird im Kontext der Diskussion auf die Bedeutung der Pünktlichkeit und die korrekte Handhabung von Bildungsressourcen hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine gute Basisbildung und frühzeitige Sprachförderung essentielle Bestandteile der Integration sind. Daher ist die Unterstützung seitens der Eltern nicht nur ein gesetzlicher, sondern auch ein moralischer Auftrag, den die Gesellschaft nicht ignorieren darf. Denn das Scheitern in der frühen Bildungsphase könnte erhebliche langfristige Folgen für die Betroffenen haben, sowohl in der Schule als auch in der Gesellschaft, wie auch aus der Analyse von **Fachportal Pädagogik** hervorgeht.

Details	
Ort	Wels, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.fachportal-paedagogik.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at